

Vom Elend der Politikverdrossenheit

Das in allen Altersgruppen und Wählersegmenten grassierende Unbehagen über den Zustand unseres politischen Systems hat viele Gesichter. Es begegnet uns in der Gestalt von Wutbürgern und Wahlverweigerern, spricht aus Zeitungskommentaren über die Inhaltsleere politischer Sprechblasen, steht hinter verschiedensten Initiativen zur Verbesserung der Spielregeln der Demokratie und ist letztlich auch Basis sämtlicher Erfolge von populistischen Rattenfängern, die in immer neuen Maskierungen auftreten und dabei stets eine "ganz andere" Art der Politik versprechen.

All diesen unterschiedlichen Ausdrucksformen von oft bis zum Ekel gesteigerter Politikverdrossenheit liegt eine tiefsitzende **Borniertheit** zugrunde, die als solche nur sehr schwer erkennbar ist, weil sie sich hinter der Gestik von Empörung, Flucht und Aktionismus verbirgt. Um jene versteckte Engstirnigkeit des politischen Denkens der von der Politik Enttäuschten sichtbar zu machen, bedarf es eines kleinen Gedankenexperiments: Stellen wir uns für einen Augenblick ein politisches System vor, das zwar auf optimalen demokratischen Spielregeln fußt und von einer maximal intelligenten sowie minimal korrupten politischen Klasse getragen wird, seine Aufgabe aber nicht in der Lenkung sondern bloß in der bestmöglichen Verwaltung der Wirtschaft und ihres sozialen Überbaues sieht. Dabei zeigt sich sofort, dass eine solche in der **Performance** ideale aber in ihrem **Gestaltungsanspruch** beschränkte Politik notwendig scheitern muss, wenn sie es mit einem durch innere Widersprüche gekennzeichneten ökonomischen System zu tun hat. Denn eine derart inkonsistent strukturierte Wirtschaft reißt jeden noch so gut zugekleisterten Widerspruch immer wieder aufs Neue auf, sodass auch das beste Administrieren nie etwas anderes als ein Herumdoktern an den Oberflächensymptomen der ökonomischen Grundkrankheit sein kann.

Kehren wir vom Gedankenexperiment zur Wirklichkeit zurück, so wird niemand leugnen, dass der in sein globales Stadium eingetretene Kapitalismus durch eine ganze Reihe solcher prinzipiell unauflöslicher Antagonismen gekennzeichnet ist. Einer davon zeigt sich im Verteilungsdilemma. An seinem Beispiel ist die Chancenlosigkeit jeder sich bloß als Verwalterin der Ökonomie verstehenden Politik einfach zu verdeutlichen:

Das Verteilungsdilemma des Kapitalismus äußert sich unter anderem darin, dass ein durch die brutale Mechanik weltumspannender Konkurrenzkämpfe gesteuertes Wirtschaften die Bedürfnisse der Produzenten prinzipiell nie auch nur annähernd gleichmäßig befriedigen wird, sondern **systematisch** Gewinner und Verlierer erzeugt. Vor dem Hintergrund solcher ökonomischer Rahmenbedingungen werden alle Versuche eines einzelnen Staates, die Verluste der auf seinem Territorium beheimateten Verlierer auf Kosten der Gewinne seiner Sieger abzufedern, unbefriedigende Resultate ergeben. Denn jede allzu entschiedene Parteinahme für die Verlierer müsste die Position der Sieger des nationalen Konkurrenzkampfs im internationalen Wettstreit schwächen. Längerfristig würde daher eine solchermaßen auf den ersten Blick "effiziente" Politik die ökonomische Basis ihres künftigen Aktionspotentials untergraben und damit letztlich Opfer ihres eigenen Erfolgs werden. Eine auf das Verwalten der Ökonomie reduzierte Politik wird unter diesen Bedingungen selbst im Fall höchster Effizienz neben gewissen Erfolgen auch laufend Misserfolge produzieren. Wenn aber selbst eine in jeder Hinsicht ideale politische Administration der kapitalistischen Marktwirtschaft notwendigerweise immer wieder scheitert, wie schlecht muss dann der Output eines politischen Systems mit sehr unzureichenden Spielregeln und sehr unintelligenten bzw. korrupten Politikern sein.

Wenden wir uns nun der heimischen Politik zu, dann ist festzuhalten, dass die Spielregeln unserer Demokratie bloß durchschnittlich schlecht und unsere Politiker höchstens durchschnittlich unintelligent bzw. korrupt sind. Ja es spricht sogar einiges dafür, dass sie etwas effizienter als die vieler anderer Länder agieren. Wie wäre es sonst möglich, dass Österreich besser als die meisten anderen europäischen Staaten durch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise kam, gemeinsam mit Deutschland die geringste Jugendarbeitslosigkeit aufweist und über ein Transfersystem verfügt, das die Einkommensungleichheit stärker reduziert als die Transfersysteme fast aller übrigen EU-Staaten. Die Outputs unseres politischen Systems liegen daher vermutlich nicht extrem weit hinter den bestmöglichen Resultaten einer auf bloße Administration der Ökonomie beschränkten Politik.

Stünde der Grad der Unzufriedenheit der Wähler mit unserem politischen System und unseren Politikern in einem einigermaßen rationalen Verhältnis zu deren Leistung, würde man vor dem Hintergrund der vorangehenden Überlegungen eine zwar sehr deutliche Kritik, jedoch keine bis zum Ekel gesteigerte Politikverdrossenheit erwarten. Das aktuelle Ausmaß des Unbehagens geht mit anderen Worten weit über das Maß des Versagens der Politik hinaus.

Wir haben es hier also offensichtlich mit **überschießender** kritischer Energie zu tun. Woher kommt sie? Wo zielt sie hin? Und wieso nimmt sie die Gestalt einer diffusen Verdrossenheit an, die sich ihrer Grundlagen und Ziele nicht bewusst ist? Ich kann mir diese Rätsel nur damit erklären, dass sich die überschüssigen Anteile des Unbehagens mit der Politik nicht auf deren **Performance** beziehen, sondern den **reduzierten Anspruch** einer bloßen Verwaltung des bestehenden ökonomischen Systems betreffen. Ein derart beschränkter Gestaltungswille blendet die grundlegenden Systemfehler des kapitalistischen Wirtschaftens von vornherein aus dem politischen Prozess aus, und der sich von der Politik abwendende oder über sie empörte Politikverdrossene fühlt die Erbärmlichkeit dieser Selbstbeschränkung. Er selbst jedoch ist ebenfalls nicht bereit, sich offen mit jenen aus der demokratischen Willensbildung eliminierten und damit **tabuisierten Systemdefiziten** zu konfrontieren, denn auch er ist auf vielfältige Weise an die herrschende Form des Wirtschaftens gebunden. Je stärker er aber seine eigene Prägung und Korrumpierung durch die geltenden Spielregeln der Wirtschaft verdrängen muss, weil er Angst vor dem Wagnis des Neuen und vor dem Verlust der eigenen (oft nur äußerst bescheidenen) Privilegien hat, desto stärker werden seine auf die politische Klasse projizierten Gefühle der Empörung und des Ekels über deren Beschränktheit und Korrumpierung.

Die Reintegration der fundamentalen Systemprobleme des Kapitalismus in den politischen Prozess ist natürlich in erster Linie Bringschuld aller sich als "links" verstehenden Parteien und Bewegungen, wobei von vornherein klar ist, dass diese Probleme angesichts einer global vernetzten Ökonomie nicht in einem einzelnen Land und schon gar nicht in einem Winzling wie Österreich angegangen oder gar gelöst werden können. Mit der Erweiterung der politischen Gestaltungsambitionen von bloßer Verwaltung in Richtung auf wirkliche Lenkung der Ökonomie müsste daher die Politik jener Linken einen entschieden stärkeren Akzent auf die internationale Perspektive ihrer Diskurse und Aktionen legen. Der ins Haus stehende EU-Wahlkampf bietet einen aktuellen Anlass für eine solche Rückbesinnung auf den umfassenden Gestaltungsanspruch der Politik und dessen internationales Handlungsfeld. Nur dann allerdings, wenn diese Rückbesinnung nicht in hohler Wahlkampfrhetorik verpufft, sondern in eine nachhaltige Neupositionierung mündet, könnte es gelingen, ein Stück der ins Leere laufenden, tendenziell sogar destruktiven Empörung über die Politik in **konstruktive Empörung über die etablierte Form des Wirtschaftens** zu verwandeln.